FDP-Fraktion
des Kantonsrates

Kantonsrat
eingegangen: . September 2004/54

An den
Regierungsrat des
Kantons Schaffhausen
Regierungsgebäude
8201 Schaffhausen

Schaffhausen, 13. September 2004

Interpellation 6/2004

betreffend Unterstützung der Schaffhauser Bauern im Grenzlandstreit mit den badischen Bauern

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Wie den Medien schon verschiedentlich zu entnehmen war, ist seit dem Inkrafttreten der zwischen der Schweiz und der EU abgeschlossenen Bilateralen Abkommen ein Streit zwischen den Schaffhauser und den badischen Bauern entfacht.

Hintergrund dieses Streites ist der Umstand, dass mit dem Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen per 1. Juni 2002 das bis anhin gültige Vorkaufs- und Vorpachtrecht der deutschen Landwirte für deutsches Ackerland dahingefallen ist. Kommt deutsches Ackerland auf den Markt, sind die Schaffhauser Bauern vielfach in der Lage, höher Preise als ihre deutschen Kollegen zu bezahlen, weshalb sich der Anteil an deutschem Ackerland, welches von Schaffhauser Bauern bewirtschaftet wird, von Jahr zu Jahr erhöht.

Aufgrund dieses Umstandes sind die badischen Bauern aktiv geworden, auch auf politischer Ebene. Ziel dieser Aktivitäten ist es, den Vorteil, welcher den Schaffhauser Bauern durch die Bilateralen Abkommen entstanden ist, wieder einzuebnen. In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr einseitiger Konzessionen der eidgenössischen Behörden zugunsten der badischen Bauern. Weil sich zudem noch verschiedene andere Problemfelder zwischen der Schweiz und Süddeutschland auftun (umstrittene Anflüge auf Flughafen Kloten über süddeutsches Gebiet; schikanöse Verschärfung der Kontrollen an der Schweizer Grenze als Schengen-Aussengrenze; unterschiedliche Zollfreigrenzen für Waren; ungeklärte Abnahme der A98 im Kanton Aargau etc.), stellen sich für die FDP-Fraktion verschiedene Fragen:

1. Einen gewonnenen Vorteil soll man nicht ohne Not wieder hergeben. Teilt der Regierungsrat daher die Meinung der FDP-Fraktion, dass dieser Vorteil, welcher den Schaffhauser Bauern durch das Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen erwachsen ist, entschieden zu verteidigen ist?
2. Welche Mittel stehen dem Regierungsrat zur Verfügung, um sich bei den eidgenössischen Behörden in diesem Sinne für die Interessen der Schaffhauser Bauern einzusetzen und diese zu unterstützen?
3. Ist der Regierungsrat in dieser Frage allenfalls von den eidgenössischen Behörden bereits kontaktiert worden?
4. Ist der Regierungsrat auch der Auffassung, dass bei einem allfälligen Eintreten der eidgenössischen Behörden auf Verhandlungen mit Deutschland eine Gesamtschau der verschiedenen Problemfelder nötig ist, um zu verhindern, dass die Schweiz in allen Dossiers "den Kürzeren zieht"?

Teilt der Regierungsrat daher den Standpunkt der FDP-Fraktion, dass deshalb allfällige Konzessionen der Schweiz im Dossier "Grenzlandstreit" zwingend mit Konzessionen Deutschlands in andern Dossiers zu kompensieren wären?

5. Wie könnten solche "Kreuz-Konzessionen" oder "Junktims" aussehen?

Für die Beantwortung dieser Fragen danken wir Ihnen schon im voraus bestens.

Mit freundlichen Grüßen
Für die FDP-Fraktion:

Georg Meier
Georg Meier, Schleithem

Mrs.
Adward Joor
F. Grundel
W. ...
Wahlentwurf
Ch. Amberg

...
...
...
...
...
...